



## Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Laboe (LA-BOE/GV/05/2024) vom 17.07.2024

### Anwesend:

1. stellv. Bürgervorsteherin  
Frau Margret Diekötter

2. stellv. Bürgervorsteherin  
Herr Jan-Rolf Plagmann

Bürgermeister  
Herr Heiko Voß

1. stellv. Bürgermeister  
Herr Frank Gollnick

2. stellv. Bürgermeister  
Herr Günter Petrowski

3. stellv. Bürgermeister  
Herr Karsten Steinbach

Mitglieder  
Herr Ulrich Arp  
Herr Rolf Aulitzky  
Frau Anke Dorl  
Herr Jörg Erdmann  
Herr Karl Christian Fleischfresser  
Herr Christian Geilich  
Frau Margarete Gollnick  
Herr Matthias Grahl  
Herr Jens Jacobsen  
Frau Kerstin Krohne  
Herr Martin Opp  
Frau Leonie Peters  
Herr Dr. Stefan Radomski  
Frau Antje Richter  
Frau Kerstin Richter  
Herr Peter Richter  
Herr Thomas Rudolph  
Herr Dr. Bernd Schmidt  
Herr Tobias Slenczek  
Herr Rolf Strohmeyer  
Herr Jens Zywitza

Protokollführerin  
Frau Angela Grulich

## **Abwesend:**

### Mitglieder

Frau Wiebke Eschenlauer  
Herr Frank Kroglowski

Beginn: 19:00 Uhr  
Ende 22:05 Uhr  
Ort, Raum: 24235 Ostseebad Laboe, Schulstraße 1, im Gebäude der  
Grundschule (Aula)

### Tagesordnung:

### Vorlagenummer:

#### **- öffentliche Sitzung -**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung  
(Dringlichkeitsanträge)
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Einwohnerfragestunde
5. Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 19.06.2024 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Neubesetzung der ständigen Ausschüsse für den Bauausschuss und den Ausschuss für Bildung, Soziales, Kultur und Sport; Antrag der LWG-Fraktion
7. Wahl der Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse für den Bauausschuss und den Ausschuss für Bildung Soziales, Kultur und Sport; Antrag der LWG-Fraktion
8. Bericht des Bürgermeisters
9. Genehmigung der im Haushaltsjahr 2023 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben LABOE/BV/0787/2024
10. Jahresrechnung 2023 der Gemeinde Ostseebad Laboe LABOE/BV/0786/2024
11. Finanzierung einer hauptamtlichen Stelle für die Leitung der VHS Laboe e.V
12. Südmole; Interfraktioneller Antrag der Fraktionen CDU, SPD und WIP
13. Neuordnung Angebote Strandrestauration in der Saison im Bereich der Musikmuschel; Antrag der Fraktion Gemeinsam vor Ort

14. Aufstellen eines separaten Toilettengebäudes am Kiosk Birkenweg, Strandstraße 31 gemäß Baugenehmigung vom 13.02.2024; Antrag der CDU-Fraktion
15. Veröffentlichung von Fraktionsbeiträgen in "Laboe aktuell"; Antrag der SPD-Fraktion
16. Änderung der Geschäftsordnung; Interfraktioneller Antrag der Fraktionen SPD, GvO, CDU, WIP und Grüne
17. Bekanntgaben und Anfragen

### **- öffentliche Sitzung -**

#### **TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung**

Frau stellv. Bürgervorsteherin Diekötter eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und dass die Gemeindevertretung mit 26 Vertreter\*innen beschlussfähig ist. Frau Eschenlauer und Herr Krogowski sind entschuldigt.

Die stellv. Bürgervorsteherin berichtet, dass das Nachrückfahren abgeschlossen ist und 7 Personen aus der Liste der WIP als Gemeindevertreter\*innen nachgerückt sind, so dass die Gemeindevertretung wieder die ursprüngliche Sitzstärke hat.

Sie verpflichtet die neuen Gemeindevertreter\*innen Ulrich Arp, Christian Geilich, Margarete Gollnik, Kerstin Krohne, Antje Richter, Peter Richter und Jens Jacobsen und führt sie per Handschlag in ihre Tätigkeit ein.

#### **TO-Punkt 2: Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)**

Herr Gemeindevertreter Opp beantragt, den TOP „Hafenpavillon“ in den nächsten BA zu verweisen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Gemeindevertreter Steinbach beantragt den TOP „Südmole“ öffentlich zu beraten. Herr Bürgermeister Voß unterstützt diesen Antrag grundsätzlich, schlägt aber vor, die Ziffern 2-4 des Beschlussantrages in den öffentlichen Teil zu ziehen und Ziffer 1 des Beschlussantrages nicht-öffentlich zu belassen. Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung beschließt die Gemeindevertretung einstimmig, dem Vorschlag des Bürgermeisters zu folgen. Dieser wird als neuer TOP 12 in die Tagesordnung eingebunden.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungsanträge liegen nicht vor.

#### **TO-Punkt 3: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte**

Die Gemeindevertretung beschließt anschließend einstimmig, die Tagesordnungspunkte 18-21 nicht-öffentlich zu beraten.

**TO-Punkt 4: Einwohnerfragestunde**

Herr Mey trägt zwei Anmerkungen vor. Zum einen ist er der Auffassung, dass die Abstimmung zu TOP 2, ob die „Südmole“ öffentlich oder nicht-öffentlich beraten werden soll, nicht den Regelungen der Gemeindeordnung entsprechen. Er erläutert dies kurz. Zum anderen regt er für künftige Tagesordnungen eine andere Reihenfolge an. Derzeit könne man dadurch, dass die Einwohnerfragestunde am Anfang der Tagesordnung stehe und die TOP`s erst später erläutert werden, keine aktuellen Fragen zu den TOP`s stellen. Er regt an, dies im Ältestenrat zu besprechen.

Herr Bürgermeister Voß erläutert auf Bitten von Herrn Jahn die Sachstände zu den Toiletten am Kurpark und am Ehrenmal.

Eine weitere Einwohnerin vermisst auf der gemeindlichen Internetseite eine Veröffentlichung der Veranstaltung „German Classics“. Der Bürgermeister nimmt diesen Hinweis mit.

**TO-Punkt 5: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 19.06.2024 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht vorgetragen. Im nicht-öffentlichen Sitzungsteil der letzten Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

Die folgenden beiden Tagesordnungspunkte werden auf Vorschlag von Herrn Gemeindevertreter Fleischfresser zusammen behandelt. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

**TO-Punkt 6: Neubesetzung der ständigen Ausschüsse für den Bauausschuss und den Ausschuss für Bildung, Soziales, Kultur und Sport; Antrag der LWG-Fraktion**

**TO-Punkt 7: Wahl der Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse für den Bauausschuss und den Ausschuss für Bildung Soziales, Kultur und Sport; Antrag der LWG-Fraktion**

Herr Gemeindevertreter Fleischfresser trägt die Wahlvorschläge der WIP vor. Geheime Wahl wird nicht beantragt. Gegen eine en bloc Abstimmung erhebt sich kein Widerspruch.

Die Gemeindevertretung fasst folgende Wahlbeschlüsse:

**Beschluss:** Die Gemeindevertretung wählt Herrn Jens Jacobsen und Herrn Christian Geilich als neue Mitglieder in den Bauausschuss sowie Frau Ute Jacobsen und Herrn Karl-Chr. Fleischfresser als neue Mitglieder in den BSKS.

Stimmberechtigte:	26		
Ja-Stimmen: 26	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**Beschluss:** Die Gemeindevertretung wählt Herrn Jens Jacobsen zum Vorsitzenden und Herrn Christian Geilich zum stellv. Vorsitzenden des Bauausschusses sowie Frau Ute Jacobsen zur Vorsitzenden und Herrn Karl-Chr. Fleischfresser zum stellv. Vorsitzenden des BSKS.

Stimmberechtigte:	26		
Ja-Stimmen: 26	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

## **TO-Punkt 8: Bericht des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister trägt folgendes vor:

### **Zählung Strandstraße**

Er verweist auf Messgeräte, die das Fußgängeraufkommen sowie die Rad- und Kfz- Verkehre zählen. Dies ist eine unterstützende Maßnahme zur Fragestellung des Gutachtens für die Radverkehrsplanung in diesem Bereich. In nächster Zeit sind weitere Messstellen im Ort geplant, um auch hier Aussagen zu Verkehrspunkten zu erhalten.

### **Straßensanierung**

Die wetterbedingt leider erheblichen Straßenschäden konnten aufgrund der Personalsituation nicht allein von eigenen Bauhofmitarbeitern beseitigt werden. Es sei daher eine Firma beauftragt worden. Er werde nach den Ferien über den Fortschritt berichten.

### **Ortsbild**

Das Ortsbild befinde sich leider in keinem guten Zustand. Auch hier verweist er auf die angespannte Personallage auf dem Bauhof. Auch private Firmen haben volle Auftragsbücher, so dass man leider sogar Absagen von Firmen erhalten habe. Jetzt sind neue Ausschreibungen auf den Weg gebracht worden. Er habe die Hoffnung, dadurch nun ein Stück Grund hineinzubekommen.

### **Promenade**

Es sei richtig, dass der Zustand alles andere als gut sei. Als Sofortmaßnahme sollen zunächst, die Flatterbänder durch Taue ersetzt werden. Er erläutert dies kurz. Er geht außerdem kurz auf die Förderkulisse des Landes ein. Er habe ein Fachbüro gebeten, bis zum Ende der Sommerferien ein Szenario zu erarbeiten, das grundsätzlich auch ohne Fördermittel umsetzbar sei. Eine Beratung hierüber habe er nach den Sommerferien geplant.

### **Schwimmhalle**

Der Variantenvergleich ist nach Auskunft des Büros in der finalen Phase und wird unmittelbar nach Fertigstellung den Fraktionen zugeleitet. Danach wird es dann Gegenstand einer Ausschussberatung sein.

### **Südmole**

Die Baugenehmigung für die Südmole wurde ohne Auflagen erteilt. Die Genehmigungsplanung und die Vorbereitung der Vergabe könnten jetzt erfolgen

### **Rathaus**

Die Untersuchungen, ob das Rathaus für eine Sanierung geeignet ist, sind aktuell abgeschlossen. Denkmalschutz und Statik haben keine gravierenden Probleme aufgezeigt. Die Planung wird jetzt final mit den vorgesehenen Nutzern besprochen und danach den Gremien zur Zustimmung vorgelegt.

### **Baulandentwicklung**

Der Bürgermeister verweist auf den Workshop hierzu. Ein Entwurf eines Baulandbeschlusses befindet sich in der finalen Abstimmung.

## **TO-Punkt 9: Genehmigung der im Haushaltsjahr 2023 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben Vorlage: LABOE/BV/0787/2024**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

**Beschluss:** Auf Empfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses beschließt die Gemeindevertretung, die noch genehmigungspflichtigen überplanmäßigen Ausgaben des Jahres 2023 mit einem Gesamtbetrag von 150.560,83 € zu genehmigen.

Stimmberechtigte:	26		
Ja-Stimmen: 26	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 10: Jahresrechnung 2023 der Gemeinde Ostseebad Laboe  
Vorlage: LABOE/BV/0786/2024**

Herr Bürgermeister Voß erläutert die Jahresrechnung.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

**Beschluss:** Gem. § 94 Abs. 3 GO beschließt die Gemeindevertretung die vorliegende Jahresrechnung 2023.

Stimmberechtigte:	26		
Ja-Stimmen: 21	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 5	Befangen: 0

**TO-Punkt 11: Finanzierung einer hauptamtlichen Stelle für die Leitung der VHS Laboe e.V**

Frau stellv. Bürgervorsteherin Diekötter verweist auf die hierzu ergangene Beschlussfassung im Finanzausschuss.

Herr Bürgermeister Voß berichtet, dass er sich vor dem Hintergrund der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit der Amtsdirektorin des Amtes Schrevenborn über den Stand der VHS-Beratungen ausgetauscht habe. Einer möglichen Kooperationslösung mit der VHS Laboe steht man dort grundsätzlich offen gegenüber, allerdings soll zunächst auf Amtsebene eine Verständigung hergestellt werden, um dann auch mit einem konkreten Modell in mögliche weitere Kooperationsgespräche einzutreten. Dieser Zeitpunkt wird voraussichtlich frühestens im Oktober sein. Eine zeitlich aktuell getroffene Entscheidung in der Gemeinde Laboe würde als Modellentscheidung zur Kenntnis genommen werden. Fördermittel wurden bislang nur abstrakt und insbesondere im einschlägigen Kontext besprochen. Ob tatsächlich Fördermittel der AktivRegion sinnvoll erscheinen und auch beantragt werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht eingeschätzt werden. Frau Amtsdirektorin Bohrer hat auf einen Aspekt hingewiesen, der ggf. mittelbar eine Wirkung in einer möglichen Kooperation entfalten könnte. Perspektivisch unterscheidet sich der dortige Prozess in einem nicht unwesentlichen Aspekt von den Planungen der VHS Laboe. Aufgrund von Besonderheiten bei der Gemeinde Heikendorf muss bereits zum nächsten Frühjahr eine tragfähige Lösung erarbeitet und die Umsetzung initiiert werden. Dem schließt sich auch die Gemeinde Schönkirchen an. Sofern für die VHS Laboe – wie im Antrag beschrieben – eine mehrjährige Übergangslösung angestrebt wird, wären dann ggf. auch erst zu einem späteren Zeitpunkt mögliche Kooperationsgespräche zielführend.

Es folgt eine Diskussion, ob es ggf. sinnvoll sein könnte, abzuwarten oder als weitere Option die Beschlussempfehlung dahingehend zu ergänzen, dass die Finanzierung nur bis zum Start

einer Verbundlösung, längstens für drei Jahre zugesagt wird. Auch der Aspekt, dass eine positive Beschlussfassung eine Signalwirkung für weitere Vereine entfalten könnte, wird diskutiert.

Im Ergebnis ist man jedoch mehrheitlich der Auffassung, dass nun seitens der Gemeinde Laboe eine klare Aussage gemacht werden muss, damit die VHS den Förderantrag bei der AktivRegion einreichen kann.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

**Beschluss:** Die Gemeindevertretung beschließt, für den Zeitraum von Januar 2025 – Dezember 2027 die anteilige finanzielle Unterstützung für die unbefristete Leitungsstelle (TZ 64%) TVÖD E11 gemäß der diesem Antrag beiliegenden Kalkulation zu übernehmen, so denn die Leitungsstelle in dem genannten Zeitraum besetzt ist. Zusätzlich wird ein jährlicher Zuschuss für Verwaltungskosten in Höhe von 2.000 € für den gleichen Zeitraum genehmigt.

Außerdem soll ämterübergreifend eine tragfähige Verbundlösung mit der VHS Heikendorf und der VHS Schönkirchen erarbeitet und umgesetzt werden.

Stimmberechtigte:	26		
Ja-Stimmen: 19	Nein-Stimmen: 3	Enthaltungen: 4	Befangen: 0

**TO-Punkt 12: Südmole; Interfraktioneller Antrag der Fraktionen CDU, SPD und WIP**

Herr Gemeindevertreter Petrowski zitiert aus dem gemeinsamen Antrag.

*Eine zunehmende Anzahl von Nutzern, aber auch von Laboer Bürgern und Vereinen sieht einen Ersatzneubau wie aktuell geplant aus ökonomischer und ökologischer Sicht sehr kritisch, wie wir aus zahlreichen Gesprächen wissen.*

*Immer wieder wird insbesondere die mangelnde Nachhaltigkeit des Werkstoffes Holz als Kritikpunkt angebracht. Eine etwaige Holz Ausführung hätte eine erheblich kürzere Lebensdauer (Holz ca. 5-10 Jahre bis zum notwendigen Austausch - Stahlspundwände 50 Jahre + x), würde somit mehrfach in der Zukunft erhebliche neuerliche Investitionen notwendig machen.*

*Dieser Austausch würde dann aber - anders als aktuell - voraussichtlich nicht mehr gefördert werden, da ein Holztausch ja dann eine Erhaltungsmaßnahme, jedoch keine Nutzungsbesserung wäre, die aber zwingend für jede Form der Förderung notwendig ist.*

*Derartige finanzielle Belastungen für die nächsten Dekaden bereits jetzt zu verursachen, obwohl es bei nahezu gleichen Investitionskosten möglich wäre eine beständigere Lösung mit Spundwänden zu schaffen, die dann praktisch keinerlei Kosten im Unterhalt verursachen würde, halten wir für politisch verantwortungslos, insbesondere wenn man den engen finanziellen Rahmen betrachtet, in dem unsere Gemeinde sich ohnehin bewegt, zumal die Kosten für diesen Rohstoff (Holz), der immer knapper wird, in den nächsten Jahren stetig steigen wird.*

*Auf die Förderung hätte eine Variantenänderung laut Fördergeber keinen negativen Einfluss, auch eine zeitliche Verlängerung der Förderung könnte auf Antrag erfolgen.*

*Neben den vorrangigen Nachhaltigkeits- und finanzwirtschaftlichen Aspekten bietet die Variante mit Spundwänden und ohne Moleneinkürzung den Vorteil, dass der Hafen nicht zum Experimentierfeld wird und weiter durch guten Schwellschutz seiner Schutzfunktion nachkommt, die eines jeden Hafens erste Priorität sein sollte. Außerdem ist bei der derzeit geplanten Variante eine ganzjährige Benutzung von Frischwasser - und Abwasser nicht möglich, da sie nicht ohne technische Hilfe (elektrische Beheizung), in der Frostperiode benutzt werden können.*

*Bei der damaligen Verfüllung der Südmole wurde dort nicht nur Bauschutt, sondern auch sehr viel Unrat und belastetes Material entsorgt. Dies wurde im letzten Jahr durch Messungen bestätigt. Die derzeitige Planung sieht nun vor, die alte Steinmole wieder freizulegen. Dies soll mit Spülen und Absaugen des Füllmaterials erfolgen. Das heißt mit anderen Worten, die jetzt noch dort schlummernden Schadstoffe werden im Wasser verteilt. Das abgesaugte Füllmaterial sollte eigentlich verklappt werden, da sich aber aller Wahrscheinlichkeit nach um Sondermüll handelt, gilt es dann diesen fachgerecht teuer zu entsorgen.*

*Außerdem sei hier erwähnt, dass früher über die gesamte Länge der Mole eine Mauer von ca. 1m Höhe und auch ca. 1 m Breite vorhanden war. Diese Mauer endete am Molenkopf mit einer Plattform vom mindestens 5 m x 5 m, mit einem großen Flaggenmast in der Mitte der Plattform. Zur Befestigung wurde das Fundament dieser Plattform durch Zubetonieren der Hohlräume der Granitsteine darunter hergestellt. Zur Entfernung der Findlinge in diesem Bereich müsste vorher der Beton unter Wasser entfernt werden - erst dann könnte ein Greifer die Steine bergen. Deshalb sollte die Südmole in seiner Länge erhalten bleiben.*

*Wir sehen unter den o.a. Punkten - und man könnte diese Liste durchaus weiter ergänzen - keine realistische Umsetzung dieser Planung. Deshalb möchten wir, dass vor die alte Spundwand eine neue gedrückt wird und der entstandene Hohlraum zwischen der alten und der neuen Spundwand mit Beton verfüllt wird.*

*Die aufgeführten Fakten sind wohl bedacht abzuwägen, um für oder gegen die hier vorgestellte Variante abzustimmen und die Auftragsvergabe auf den Weg zu bringen.*

*Wir beantragen:*

*Die Gemeindevertretung beschließt:*

*Die Planung zur Sanierung der Südmole von der beschlossenen Variante sofort zu der Variante 1 aus dem Protokoll des Nutzergesprächs zur Sanierung der Südmole vom 23.06.2021 zu wechseln. Da der geplante Rettungsweg nicht förderfähig ist, kann auf diesen - zu Gunsten der Interessen der Nutzer - verzichtet werden.*

*Der Bürgermeister wird beauftragt die erforderlichen Anträge zur Variantenänderung umgehend - bis 31.07.2024 - an das Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung (LLnL) zu Händen Frau Gräfin zu Eulenburg zu senden.*

*Der Bürgermeister wird beauftragt die erforderlichen Anträge zur Verlängerung des Bewilligungszeitraumes bis maximal 31.12.2027 umgehend - bis 31.07.2024 - an das Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung (LLnL) zu Händen Frau Gräfin zu Eulenburg zu senden.*

Herr Bürgermeister Voß verweist auf seine Stellungnahmen zu diesem Antrag, die er den Fraktionen bereits im Vorwege schriftlich zur Verfügung gestellt habe. Er zitiert aus seinen Stellungnahmen:

*Die Südmole soll nur in Form einer sog. Bestandssanierung erfolgen. Für diese Sanierungsvariante gibt es keine Planung. Da es für die Variantenänderung keine Planung gibt, muss ein Nachtragsangebot angefordert werden. Die zusätzlichen Planungsleistungen werden über*

dem Bürgermeister-Budget von 25.000 EUR gem. der Hauptsatzung liegen. Daher ist ein GV-Beschluss für die Planung unbedingt erforderlich. Diese zusätzlichen Planungen werden zu erheblichen Mehrkosten auch durch Wiederholungsplanungen führen, da der Vorentwurf (nicht Machbarkeitsstudie) Grundlage eines Förderbescheides ist.

Für die Antragsstellung auf Förderung beim Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung (LLnL) sind folgende Unterlagen erforderlich:

- Grundantrag EMFAF (Fördermittelgeber)
- Projektbeschreibung der Planung, siehe Anlage
- Budgetplan des Projektes
- Finanzierungsplan

Dies ist bis zum 31.07.2024 nicht möglich.

In der neuen Planung ist auf den Mehrwert für die Fischerei hinzuweisen. Durch die jetzige Variante liegt der Mehrwert darin (vom LLnL anerkannt), dass die Fischereiliegeplätze an der nördlichen Seite zusammengefasst werden. Im Nutzergespräch mit den Fischern am 28.11.2022 war es deren Wunsch die Fischereiliegeplätze zusammenzuführen. Die Sportboot-liegeplätze werden auf der südlichen Seite zusammengefasst werden. Um den Bereich der Fischer zusammenzuführen, wird der Molenkopf eingekürzt und der Liegeplatz des Seenotret-tungskreuzers „Berlin“ quer zum Molenkopf verlegt. Damit entsteht ein abgeschlossener Nut-zerraum für die Fischerei, was in der Antragstellung hervorgehoben wurde. Diese Planung wurde bereits im Nutzergespräch im Juni 2021 von der DGzRS vorgestellt.

Wie das LLnL bereits per Mail dargelegt hat, muss die Planungsänderung sinnvoll sein und ist nur vorbehaltlich der Einhaltung gewisser Parameter wie z.B. Nutzungsanteile der Fischerei, Nachhaltigkeit der Maßnahme nicht förderschädlich.

Zur Förderrichtlinie muss aber darauf verwiesen werden, dass diese prozentual für den Fi-schereianteil ermittelt wird. Aus der Planung musste seinerzeit hervorgehen, welcher Bereich der Mole und welche Aufwendungen den Mehrwerten der Fischerei dienen sollten. Seinerzeit konnten der Fischerei Kosten von 1,81 Millionen zugeordnet werden. Nach der Förderquote von 70 % ergaben sich dann 1,2 Mio. Förderung. So wurden die Kosten der Verkürzung der Pier, die Verlegung der „Berlin“ und die Neustrukturierung der Liegeplätze für die Fischerei (Bündelung an einer Seite, Bau neuer Liegeplätze) als förderfähige Bereiche und sinnvoller Mehrwert anerkannt. Auch die in den Nutzergesprächen vom Fischereiverein vorgebrachten Ideen des „Fisch vom Kutter“-Angebotes, die Bereitstellung von Parkplätzen u.ä. konnten ein-vernehmlich mit dem Verein geklärt und festgelegt werden. Diese haben den Prozess sicher-lich auch positiv beeinflusst, machen aber finanziell keine Größenordnung von Relevanz aus.

Es muss schon jetzt darauf hingewiesen werden, dass eine Fördersumme von 1,2 Mio.€ davon abhängt, dass bei einer Sanierung im Bestand Mehrwerte für die Fischerei von 1,81 Mio.€ er-reicht werden. Sollte dies nicht gelingen, würde sich ein Förderbetrag – sofern in der Sache als sinnhaft und erforderlich anerkannt – entsprechend verringern oder im schlechtesten Fall versagt.

Zur Zeitschiene sei noch darauf hingewiesen, dass nur die Planung durch das Büro seinerzeit ca. 4 Monate gedauert hat, die Prüfungszeit des Ministeriums noch nicht eingerechnet. Seit Beschlussfassung im Mai 2023 ist die Betriebsleitung in der Abstimmung mit dem Büro und dem Fördermittelgeber verwaltungsseitig erheblich in das Projekt eingebunden, insbesondere um die Förderfähigkeit der Maßnahme zu erreichen. Dies hat Kräfte gebunden, die in anderen Bereichen gefehlt haben, und die nach Annahme des Antrages erneut aufgebracht werden müssten.

Die Genehmigung für die beschlossene Sanierung ist vom Kreis Plön, Verkehrsaufsicht, am 9. Juli 2024 erteilt worden. Das Genehmigungsverfahren ist damit abgeschlossen, die Vergabe

*kann vorgebereitet werden. Der Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraum wird nach Beschlussfassung durch die GV gestellt werden. Welche Anforderungen das Landesamt an eine Fristverlängerung knüpft, bleibt abzuwarten.*

Schließlich geht der Bürgermeister auf die Mehrkosten ein, die durch einen Variantenwechsel entstehen würden. Alles in allem müsse für den Wechsel der Ausbauvariante, Altaufträge und neu anfallende Leistungen ca. 170 T€ finanziert werden.

Es folgt eine Diskussion, in der die antragstellenden Fraktionen und die übrigen Fraktionen ihre unterschiedlichen Auffassungen austauschen. Während die antragstellenden Fraktionen für ihren Antrag werben, da aus ihrer Sicht ein Variantenwechsel auf Sicht betrachtet die wirtschaftlichere Lösung sei und den Bedürfnissen der Fischerei deutlich mehr entgegenkommen, und nach Aussage des Fördermittelgebers ein Variantenwechsel nicht förderschädlich ist, zumal die Fördermittel ja gerade für Mehrwerte für die Fischerei bewilligt werden, haben die Fraktionen der Grünen, der LWG und der GvO kein Verständnis für diesen Antrag, da die seinerzeitige Beschlussfassung nach ausführlichen Beratungen im Werkausschuss unter der Expertise des Fachbüros mehrheitlich zustande gekommen sei. Die Südmole müsse dringend saniert werden. Man könne doch jetzt mit der Planung nicht wieder von vorne anfangen. Außerdem wird vorgetragen, dass die beschlossene Variante Ergebnis einer gutachterlichen Untersuchung sei. Es sei irritierend, dass von Fachleuten entwickelte gutachterliche Ergebnisse hier angezweifelt werden.

Herr Bürgermeister Voß weist auf einen formellen Mangel des Beschlussantrages hin, denn dieser beziehe sich auf ein bestimmtes Nutzergespräch. In diesem Nutzergespräch sei jedoch nicht über Material gesprochen wurde. Er weist zur Zeitschiene noch einmal darauf hin, dass alles soweit vorbereitet sei, dass mit der Baumaßnahme im Herbst/Winter begonnen werden könnte.

Auf eine Frage zu Umgang und Aufwand im Blick auf mögliche Schadstoffe, erklärt der Bürgermeister, dass die Gemeinde vor ca. drei Jahren Sedimentuntersuchen beauftragt hatte, die keinen dramatischen Befund ausgelöst haben. Es ist also davon auszugehen, dass diese Erkenntnisse Berücksichtigung gefunden haben. Inwieweit hierfür ein konkreter Betrag eingepreist wurde, könne er ad hoc nicht beantworten, sei aber in der Fragestellung von den Varianten unabhängig. Für ihn sei der geäußerte Widerstreit zwischen gutachterlichen Ergebnissen und Planungen von Fachleuten und der Einschätzung von Menschen, die hier leben, im Übrigen eine Reputationsfrage gegenüber Planungs- und Fachbüros.

Auf Antrag von Herrn Gemeindevertreter Petrowski erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 20:23 bis 20:34 Uhr.

Herr Gemeindevertreter Petrowski erklärt, dass die antragstellenden Fraktionen den Hinweis des Bürgermeisters bezogen auf das Nutzergespräch aufnehmen und im Beschlussantrag bei Variante 1 ergänzend den Zusatz „mit Spundwänden“ aufnehmen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

**Beschluss:** Die Gemeindevertretung beschließt, die Planung zur Sanierung der Südmole von der beschlossenen Variante sofort zu der Variante 1 mit Spundwänden (Protokoll des Nutzergesprächs zur Sanierung der Südmole vom 23.06.2021) zu wechseln. Da der geplante Rettungsweg nicht förderfähig ist, kann auf diesen - zu Gunsten der Interessen der Nutzer - verzichtet werden.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Anträge zur Variantenänderung umgehend - bis 31.07.2024 - an das Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung (LLnL) zu Händen Frau Gräfin zu Eulenburg zu

senden. (siehe Email des Landesamtes für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung (LLnL))

Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Anträge zur Verlängerung des Bewilligungszeitraumes bis maximal 31.12.2027 umgehend - bis 31.07.2024 - an das Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung (LLnL) zu Händen Frau Gräfin zu Eulenburg zu senden.

Stimmberechtigte:	26		
Ja-Stimmen: 17	Nein-Stimmen: 9	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Damit ist der Antrag angenommen.

**TO-Punkt 13: Neuordnung Angebote Strandrestauration in der Saison im Bereich der Musikmuschel; Antrag der Fraktion Gemeinsam vor Ort**

Herr Gemeindevertreter Opp erläutert den Antrag der GvO-Fraktion und verweist auf die Beratung im Werkausschuss. Die dortige Beschlussempfehlung entspreche nicht 1:1 dem Antrag, aber man übernehme diese Empfehlung. Er erläutert dies kurz.

Die SPD-Fraktion ist zwar grundsätzlich für die Aufwertung der Grünfläche, die vorgesehene Beschlussfassung entspreche aber mehr dem sanftem Tourismus und sei hier der falsche Weg, so dass dem Antrag nicht zugestimmt werde. Die übrigen Fraktionen wollen der Beschlussempfehlung mehrheitlich folgen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

**Beschluss:** Die Gemeindevertretung beschließt, die Bewirtschaftung der Rasenfläche vor der Musikmuschel saisonal umzusetzen. Die Fläche des ehemaligen „La Dolce Vita“ bietet sich für Gastronomieangebote an, die bei Hochwassergefahr und außerhalb der Saison schnell entfernt werden können.

Der Bürgermeister/ der Gemeindebetrieb wird gebeten, die notwendigen Genehmigungen und die entsprechenden Planungen für die Saison 2025 vorzubereiten und die Fläche zur saisonalen Nutzung anzubieten. Auf gastronomische Vielfalt sollte besonderen Wert gelegt werden.

Stimmberechtigte:	26		
Ja-Stimmen: 22	Nein-Stimmen: 4	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Damit ist der Antrag angenommen.

**TO-Punkt 14: Aufstellen eines separaten Toilettengebäudes am Kiosk Birkenweg, Strandstraße 31 gemäß Baugenehmigung vom 13.02.2024; Antrag der CDU-Fraktion**

Herr Gemeindevertreter Petrowski erläutert den Antrag.

Es folgt eine Diskussion, in deren Verlauf die Kostengröße für eine Toilette am Strand thematisiert wird. Herr Gemeindevertreter Petrowski erklärt, dass die Fachfirma in der Kürze der Zeit keine konkreten Preise benennen konnte, aber bestätigt habe, dass die Gründung dort machbar ist.

Herr Bürgermeister Voß kann nicht ausschließen, dass es an dem gewünschten Standort zu umfangreichen Gründungsproblemen kommen könnte. Dies müsste dann im Rahmen der Umsetzung geprüft werden.

Die Herren Gemeindevertreter Opp, Plagmann und Radomski halten eine Beschlussfassung für schwierig, wenn man die Kostengröße nicht kennt. Ein zunächst gestellter Vertagungsantrag wird zurückgezogen.

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass aus seiner Sicht nicht nur die Investitionskosten, sondern auch die der Reinigung und Beaufsichtigung bei der Gemeinde verbleiben. Der Antragsteller bejaht dies.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

**Beschluss:** Gemäß der erteilten Baugenehmigung vom 13.02.2024 soll ein separates Toilettengebäude am Kiosk Birkenweg, Strandstraße 31, aufgestellt werden. Die Kosten für die öffentliche WC-Anlage sollen bei der Gemeinde verbleiben. Es wird angestrebt, für die WC-Anlage eine Förderung über die Aktiv Region einzuwerben.

Das Toilettengebäude sollte – um eine einheitliche Linie und einen Wiedererkennungswert zu haben – als Duplikat des bereits im Kurpark installierten Toilettengebäudes der Firma Hering errichtet werden.

Stimmberechtigte:	26		
Ja-Stimmen: 17	Nein-Stimmen: 9	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Damit ist der Antrag angenommen.

**TO-Punkt 15: Veröffentlichung von Fraktionsbeiträgen in "Laboe aktuell"; Antrag der SPD-Fraktion**

Frau Gemeindevertreterin Peters erläutert den Antrag.

Die übrigen Fraktionen wollen diesem Antrag nicht zustimmen mit der Begründung, dass es sich bei Laboe aktuell um ein gemeindliches Informationsblatt handelt, in dem objektiv über gemeindliche Belange berichtet werden soll. Informationen aus der Politik werden durch die oder den Bürgervorsteher\*in wertneutral dargestellt. Dies habe sich in der Vergangenheit bewährt. Dem Einwand der antragstellenden Fraktion, dass eine Neuregelung den Fraktionen eine niedrigschwellige Möglichkeit biete, politische Informationen über die Arbeit in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen weiterzugeben, möchten die anderen Fraktionen nicht folgen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

**Beschluss:** Die in der Gemeindevertretung vertretenden Fraktionen bekommen ab der Ausgabe 09/2024 die Möglichkeit Beiträge in Laboe aktuell zu veröffentlichen, zu dem Zweck ihre Arbeit und ihre Ideen für die Selbstverwaltung vorzustellen. Der §2 (2) ist entsprechend zu streichen und eine geeignete Beitragslänge durch die Herausgebenden festzulegen.

Stimmberechtigte:	26		
Ja-Stimmen: 3	Nein-Stimmen: 23	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**TO-Punkt 16: Änderung der Geschäftsordnung; Interfraktioneller Antrag der Fraktionen SPD, GvO, CDU, WIP und Grüne**

Herr Gemeindevertreter Slenczek erläutert den gemeinsamen Antrag. Der Antrag soll dahingehend abgeändert werden, dass § 3 Abs. 2 Punkt 4 nicht gestrichen wird, sondern so stehen bleibt ergänzt um einen Zusatz „.....,auf Einladung“

Es folgt eine Diskussion. Herr Gemeindevertreter Opp erklärt, dass die GvO Fraktion aus dem Antrag aussteigt. Die LWG Fraktion kann den Antrag nicht mittragen. Für sie gehört der Bürgermeister in den Ältestenrat. Da der Ältestenrat von der Bürgervorsteherin oder dem Bürgervorsteher geleitet wird, könne an dieser Stelle auch gesteuert werden, wieviel Raum dem Bürgermeister für seine Themen eingeräumt wird. Eine Änderung der Geschäftsordnung sei hierzu nicht nötig.

Herr Bürgermeister Voß hätte sich Hinweise im Ältestenrat hierzu gewünscht. Sein Ansatz war, so umfassend wie möglich zu informieren. Selbstverständlich sei er bereit, seine Arbeitsweise insoweit ein Stück weit zu ändern. Wichtig sei ihm die Information und daher werde er künftig den größeren Teil seiner Informationen nur noch in den Ausschüssen und der Gemeindevertretung vortragen.

Nach kurzer weiterer Diskussion erfolgt auf Antrag von Gemeindevertreter Fleischfresser eine Sitzungsunterbrechung von 21:37 bis 21:40 Uhr.

Danach fasst die Gemeindevertretung folgenden

**Beschluss:** Der § 3 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Laboe vom 19.12.2023 wird wie folgt geändert:

§ 3  
Ältestenrat

- (1) Vor jeder Sitzung der Gemeindevertretung oder wenn ein Drittel der Fraktionen es verlangt, findet auf Einladung der Bürgervorsteherin oder des Bürgervorstehers eine Sitzung des Ältestenrates statt.

Die oder der Vorsitzende beruft den Ältestenrat ein und leitet ihn. Der Ältestenrat tagt in nichtöffentlicher Sitzung. Beratende Personen, Sachverständige und Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Amtsverwaltung, der Gemeinde oder des Eigenbetriebs der Gemeinde können hinzugezogen werden.

Der Ältestenrat hat im Besonderen die Verständigung zwischen den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern der Gemeindevertretung sowie den Ausschüssen herbeizuführen.

- (2) Der Ältestenrat setzt sich zusammen aus
1. der Bürgervorsteherin oder dem Bürgervorsteher als Vorsitzende,
  2. den Fraktionsvorsitzenden der in der Gemeindevertretung Laboe vertretenen Parteien oder Wählergruppen,
  3. den fraktionslosen Mitgliedern der Gemeindevertretung sowie
  4. der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister, auf Einladung.

Im Verhinderungsfall der Fraktionsvorsitzenden treten an ihre Stelle deren Vertreterinnen oder Vertreter. Fraktionslose Mitglieder haben keine Vertretung.

- (3) Der Ältestenrat hat folgende Aufgaben:
- a) Vorberatung der Sitzungen der Gemeindevertretung, einschließlich Empfehlungen über die Anhörung von Sachkundigen sowie Einwohnerinnen und Einwohnern, die von dem Gegenstand der Beratung betroffen sind.
  - b) Beratung über Angelegenheiten dieser Geschäftsordnung.
  - c) Auf Antrag eines der Mitglieder des Ältestenrates die Schlichtung von Problemen, die innerhalb der Gemeindevertretung und deren Ausschüsse auftreten.
  - d) Vorbehandlung von Anregungen und Beschwerden, mit denen sich Einwohnerinnen und Einwohner an die Gemeindevertretung wenden.
  - e) Koordinierung von fraktionsübergreifenden Vorhaben und Planungen unbeschadet der sachlichen Zuständigkeit der Ausschüsse.

Stimmberechtigte:	26		
Ja-Stimmen: 17	Nein-Stimmen: 7	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

Damit ist der Antrag angenommen.

#### **TO-Punkt 17: Bekanntgaben und Anfragen**

Herr Gemeindevertreter Dr. Schmidt verweist auf seine Anfrage zum Ostseeküstenradweg.

Herr Bürgermeister Voß erläutert, dass die Antragsfrist am 31.10.2024 endet. Zwischenzeitlich sind alle Vorarbeiten auch von Seiten des Fachbüros abgeschlossen. Geplant sei eine Beratung im nächsten Bauausschuss und in der darauffolgenden Gemeindevertretung.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die stellv. Bürgervorsteherin schließt die öffentliche Sitzung um 21:44 Uhr.

		Gesehen:	Gesehen:
Margret Diekötter	Angela Grulich	Heiko Voß	Sönke Körber
-stellv. Bürgervorsteherin-	-Protokollführerin-	-Bürgermeister-	-Amtsdirektor-